



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 108

Wilhelmshaven

Juli 1992

FASCHISTENAUFMARSCH

HASS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UNTER SCHWARZ-WEISS-ROTEN FAHNEN



gw-Foto: Brams

POLIZEIAUFGEBOT

MASSIVER POLIZEIEINSATZ ZUM SCHUTZ DER NAZIKUNDGEBUNG



gw-Foto: Tunnat

INHALT:

Schwerpunktthema: Der Aufmarsch der Neonazis am 23.5. in Wilhelmshaven - Kritische Betrachtungen dazu ab Seite 3

ACHTUNG! Linker Radikaler - Der Deutsche Kameradschaftsbund verteilt Steckbriefe - Seite 6

Noch übertroffen wurden die schlimmsten Befürchtungen bezüglich der Ausstellung des Fördervereins Marinemuseum. Wilhelmshaven setzt schlimme Zeichen! - Seite 7

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance

Ungesetzlich ist unser Artikel über den Einsatz von HilfslehrerInnen an Wilhelmshavener Schulen auf der Seite 10 überschrieben

CDU-MdL Engstler weiß jetzt über PVC Bescheid: Niedersachsens Wirtschaftsminister Fischer beantwortete eine Anfrage Engstlers zur PVC-Problematik. Ein Plädoyer für den Ausstieg auf S. 11

Die Drogenproblematik - ein immer brennender werdendes Thema. Informationen über eine Pumpwerk-Veranstaltung - Seite 13

Selbst aktiv werden gegen die Verpackungsflut. Ein Hintergrundbericht unter der Überschrift "Pötte und Pannen" auf Seite 15

Aufgeschreckt durch Veröffentlichungen im GEGENWIND geht die Stadtverwaltung auf Lecksuche und schaltet die Kripo ein - Seite 16

Die Überlebenschancen für "Radio Überleben" sind gut. Wir lassen ebenfalls auf Seite 16 1000 Antennen blühen

NACHRICHTEN

ERNÄHRUNGSBEWUSST

gab sich die Firma ICI in ihrer Anzeige in der WZ vom 6. Juni. Dort sollte der Beweis geführt werden, daß es ein weißes Pulver gibt, das noch gefährlicher und gesundheitsschädlicher ist als PVC.

Aufmerksamen VerbraucherInnen wurde schon vor Bekanntgabe der Auflösung des Rätsels klar, daß es sich angesichts der abscheulichen Zusätze wie Bikarbonat (sprich: Backpulver) nur um Weißmehl handeln kann. Es fehlten dann allerdings Hinweise auf die gesunde Alternative, sprich: biologische erzeugtes und frisch verarbeitetes Vollkornmehl, das sich ohne jegliche Chemie zu gesunden Nahrungsmitteln verarbeiten läßt. Ebenso fehlten natürlich Empfehlungen für umweltfreundliche Alternativen zu PVC ... (hk)

VOR KEINER LÜGE

schrecken die Führungskräfte der ICI zurück, wenn es gilt, ihr PVC reinzuwaschen. So behauptete der bei der ICI für die psychologische Kriegsführung zuständige Mitarbeiter Klaus Vogel anlässlich einer Betriebsbesichtigung der CDU-Frauen-Union, daß "PVC bedauerlicherweise stellvertretend für alle Kunststoffprodukte als gefährliches Produkt bezeichnet werde. Diese Behauptungen seien falsch und inzwischen auch eindeutig widerlegt." (WZ v. 10.6.) Dabei ist genau das Gegenteil der wissenschaftlich belegte Fall: Das Vorhandensein von PVC verhindert, daß Kunststoffe wiederverwertet werden können - in Müllverbrennungsanlagen fördert das PVC die Dioxinbildung. Klaus Vogel meint wohl, daß man CDU-Frauen jeden Bären aufbinden kann. (hk)

EIN ZWEITER

Kraftwerksblock in Wilhelmshaven scheint für den niedersächsischen Wirtschaftsminister Fischer bereits eine beschlossene Sache zu sein. Er kennt sogar schon nähere technische Einzelheiten. So soll der Bau des zweiten Kraftwerksblocks auf der "Grundlage neuester technischer Standards ökologische Maßstäbe setzen". Dabei ist der Bau des Kraftwerks völlig überflüssig: Selbst nach Abschaltung der Atomkraftwerke in Niedersachsen besteht noch eine ausreichende Stromreserve. Es bleibt zu hoffen, daß zumindest die Grünen in der Landesregierung diesmal standhaft bleiben und weiter für eine ökologisch orientierte Energiepolitik kämpfen werden. Das Ersetzen abgeschalteter Atomkraftwerke durch große Steinkohlekraftwerke hat jedenfalls damit nicht das Geringste zu tun. (hk)

DER GELBE SACK

macht nach Auffassung der Niedersächsischen Landesregierung - in Anlehnung an ein Urteil des Bundesgerichtshofes - aus Abfällen noch lange keine Wertstoffe.

Der sogenannte objektive Abfallbegriff hat demnach Vorrang vor der Einstufung eines Stoffes oder Gegenstandes als "Wertstoff" oder "Wirtschaftsgut", wenn nicht der Nachweis einer ordnungsgemäßen Verwertung geführt werden kann.

Im Gegensatz zu anderen Landesregierungen wird das Niedersächsische Umweltministerium damit der Tatsache gerecht, daß die Industrie von einer stofflichen Verwertung insbesondere der Kunststoffabfälle, die statt wie früher in der grauen Tonne jetzt im gelben Sack oder den "Recycling-Tonnen" im Supermarkt landen, noch weit entfernt ist. Dieses Festhalten am Abfallbegriff hat zur Folge,

- daß vereinfachte Genehmigungsverfahren für die "Sortieranlagen" vorerst nicht zulässig sind, sondern nach dem strengen Abfallrecht beurteilt werden müssen,

- daß die behördliche Kontrolle über die Abfallströme weiterhin garantiert bleibt, da nach der derzeitigen Bearbeitungskapazität höchstens 18% der Kunststoffe und Verbundverpackungen verwertet werden können,

- daß Verträge, die derzeit zwischen der DSD ("Grüner Punkt") und Kommunen bzw. Landkreisen geschlossen werden, den Passus enthalten sollten: Kunststoff- und Verbundverpackungen werden erst dann getrennt eingesammelt, wenn die Verwertungsfrage befriedigend gelöst ist und entsprechende, abfallrechtlich korrekte Sortieranlagen vorhanden sind. (iz)

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u. v. m.
Bahnhofstraße 7 · 8940 Wilhelmshaven
Tel. (0 44 21) 4 21 84

JUGENDLICHE SKINS

nutzten das "School is out"-Festival, um sich "abzureagieren": Sie bewarfen die Gruppe "Substitute" mit zwei Paletten roher Eier, so daß diese dann in einem See von Spiegeleiern spielen mußte. Sicherlich war es reiner Zufall, daß der Neonazi Thorsten de Vries während der Aktion in der Gegend rumstrolchte. (hk)

AUFGABE DER KRIPO

ist nicht nur das Fangen von Gesetzesbrechern, sondern auch die Verhütung von Straftaten. Besonders aktiv wird die Wilhelmshavener Kripo, wenn es gegen ausländische Strolche geht.

Anfang Juni warnte die Kriminalpolizei nicht nur über die Presse, sondern auch mittels von Polizeibeamten verteilten Flugblättern vor Taschendieben, oder genauer vor "Südländern, meist Frauen auch mit Kindern".

Wie gesagt: Es ist Aufgabe der Polizei, vorbeugend zu agieren. Nur, diese Frage muß sich die Kripo stellen lassen, warum unternimmt sie bei "Südländern" groß angelegte Aktionen, während deutsche Strolche weiterhin beinahe ungehindert Wohnungen ausrauben, Autos aufbrechen, Frauen vergewaltigen, Ausländer überfallen können? (hk)



RELU
Fensterreinigung
preiswert auch im Umland
Achtung - neue Rufnummer!
☎ (0 44 21) 1 21 50

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
2940 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hilde Haake, Antje Jürgensen, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Burkhard Königshoff, Jochen Martin, Frank Tunnat, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck

Erscheinungsweise: min. 8mal/Jahr

Auflage: 5.000 Ex.

Bankverbindung: BfG Wilhelmshaven,

Kto.-Nr.: 126 2874 100; BLZ 282 101 11

Red.-Schluß dieser Ausgabe: 22.06.92

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 10.08.92

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

AUS FEHLERN LERNEN

NACHBETRACHTUNG ZUR ORGANISATION DES WIDERSTANDES GEGEN NEO-NAZIS

(hh) Vier Wochen nach dem Aufmarsch der Braunen in Wilhelmshaven hat sich die Aufregung längst gelegt. Fast scheint es so, als ob dies Ereignis als einmaliges Geschehen bereits ad acta gelegt worden sei, obwohl die politische Situation weitere Kraftdemonstrationen der neuen Rechten vermuten läßt.

Immerhin ist es gelungen, ca. 1500 Menschen gegen Rechts zu mobilisieren und den Auftritt der Faschisten insoweit zu verhindern, daß diese ihre Kundgebung nur unter massivem Polizeischutz abhalten konnten und gezwungen waren, sich danach im Wald zu verstecken.

Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, ist es unerlässlich, unsere Vorgehensweisen mit etwas Abstand kritisch zu beleuchten. Da zwar der Kundgebungstermin des Deutschen Kameradschaftsbundes 6 Wochen vorher bekannt war, Ort und Zeit jedoch nicht, einigte man sich in der Initiative "Viele Kulturen - eine Zukunft, dem Haß keine Chance" auf eine Gegenkundgebung in Roffhausen. Ein Parkplatz in der Olympiastraße sollte Sammelpunkt der Neo-Nazis sein. So wurde ein Aufruf in hoher Auflage, von vielen wichtigen politischen Gruppen und Parteien getragen, verteilt. Von Roffhausen aus war Flexibilität gewährleistet, hätten doch die Kundgebungen der Rechten auch in Varel oder Wittmund stattfinden können.

Als deutlich wurde, daß Wilhelmshaven der Ort des Geschehens werden würde, schlug man eine neue Taktik ein. Viele Gruppen meldeten an allen potentiellen Plätzen eigene Kundgebungen an. Diese Taktik bot mit Sicherheit enorme Vorteile, führte jedoch auch, da ziemlich neu und nicht als taktisches Manöver transparent gemacht, zu erheblicher Verwirrung unter den GegendemonstrantInnen. Manch eine(r) stellte sich die Frage nach dem Wohin am Samstagmorgen. Zudem hatte die SPD, die ebenfalls um 9.30 Uhr in Roffhausen gewesen sein wollte, für 11.00 Uhr eine Kundgebung auf dem Börsenplatz angemeldet und das nicht nur aus taktischen Gründen. Auch die Christen hielten ihre Kundgebung am Synagogenplatz ab.

Die Autonomen und AnarchistInnen, die zu einem Großteil aus anderen Städten angereist waren, trafen sich am Jadezentrum. Diese zahlenmäßig recht große Gruppe hatte sich bereits Wochen vorher aus dem Wilhelmshavener Bündnis gelöst und eigene Organisationsformen gebildet. Das hat im Vorfeld zu einigen Auseinandersetzungen geführt. Wilhelmshavener OrganisatorInnen fühlten sich "verarscht" und als Zuträger von Informationen mißbraucht. Dies Verhalten ist bedauerlich. Es reißt Gräben auf, wo gemeinsames Handeln erforderlich wäre.

Gut, daß sich weite Teile der DemonstrantInnen an den Konsens der Wilhelmshavener gehalten haben, auf Gewalt zu ver-

zichten. Schön, wenn es in Zukunft ganz ohne ginge, denn das Werfen von Flaschen hindert uns an der Mobilisierung einer noch breiteren Öffentlichkeit, die wir alle brauchen.

Positiv zu vermelden ist die insgesamt gute Öffentlichkeitsarbeit. Auch das Faltblatt der Autonomen brachte, abzüglich eines bösen Ausrutschers gegen den Naturkostladen Jonathan, gute Hintergrundinformationen. Im Pumpwerk, im Willy-Bleicher-Zentrum und im Kling Klang liefen prima Kulturprogramme, die auch mehr oder weniger gut besucht wurden. Daß auch einige Gastwirte ihre Speisen und Getränke fast zum Selbstkostenpreis anboten, ist höchst erfreulich.

Wichtige Kritikpunkte, wie eine größtenteils handlungsunfähige Demoleitung und die Spaltung in zwei Gruppen, eine in der Marktstraße und eine in der Börsenstraße, zwischen denen es keinerlei Kommunikation gab, müssen noch an anderer Stelle diskutiert werden.

Bleibt zu hoffen, daß alle Mitwirkenden auch in der Zukunft wieder ihr Talent, ihre Kraft und Entschlossenheit für die gemeinsame Sache einbringen werden.



gw-Foto: Brams

Der Organisator der Nazi-Kundgebung, Thorsten der Vries, bei einer Lagebesprechung mit der Einsatzleitung der Polizei.

Kommentar

BLINDER AKTIONISMUS

Einen großen Teil der GegendemonstrantInnen anlässlich der Nazi-Kundgebung hatten die Wilhelmshavener Autonomen mobilisiert. Es hat sich wieder einmal gezeigt, was für eine wichtige Kraft die Autonomen darstellen, wenn es darum geht, viele Menschen für Aktionen zusammenzuschließen.

Viele AntifaschistInnen, die sich auf dem Börsenplatz eingefunden hatten, um gemeinsam die Nazi-Kundgebung zu verhindern, begriffen allerdings nicht, warum der autonome Block nach einer Megaphon-Durchsage "Stichwort" und konspirativem Köpfe-Zusammenstecken in Richtung Synagogenplatz losmarschierte, bevor die Demonstrationsleitung das angekündigte Signal gegeben hatte.

Der vorzeitige Aufbruch führte dazu, daß der größere Teil der Demonstration unter Führung der Autonomen beim Eintreffen der Neonazis am falschen Platz und zudem durch die Polizei vom Geschehen bestens abgeschirmt war. Der blinde Aktionismus der Autonomen bewirkte, daß der am Synagogenplatz verbliebene Teil der GegendemonstrantInnen mangels Masse den Einmarsch der Neofaschisten nicht verhindern konnte und auch weitgehend tatenlos zusehen mußte, wie die Neonazis nach Beendigung ihrer Kundgebung geordnet abmarschierten, während der größere Teil, eingekesselt von der Polizei, in seiner Gegenwehr auf rituelles Eierwerfen beschränkt war. Man stelle sich vor, die gesamte Demonstration hätte die Nazis am Eingang ihres Kundgebungsplatzes erwartet! Bei der großen Zahl der anwesenden AntifaschistInnen wäre die Nazi-Aktion wahrscheinlich zu verhindern gewesen.

Unverantwortlich war, daß einige Teilnehmer aus dem autonomen Block ihren hilflosen Protest durch das Abschießen von Leuchtraketen zu unterstreichen versuchten. Diese unkontrollierten und völlig sinnlosen Aktionen gefährdeten die am Synagogenplatz verbliebenen Demonstranten!

Leider konnte man den Aufmarsch und die Kundgebung der Neonazis nicht verhindern. Umso erfolgreicher wurden die Faschisten dann allerdings am Verlassen der Stadt gehindert. Es ist erfreulich, daß die Rechtsradikalen durch die große Zahl der AntifaschistInnen davon abgehalten wurden, weitere Aktionen in Wilhelmshaven durchzuführen. Da ist es allerdings unverständlich, daß die Autonomen den endgültigen Abzug der Nazis um Stunden hinauszögerten, indem sie versuchten, den Parkplatz, auf dem sich die zur Abfahrt bereiten Neonazis befanden, zu blockieren.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Politisch sinnlos war auch die anschließende "Schnitzeljagd", die Teile der Autonomen bis in die späte Nacht hinein veranstalteten. Sie durchforsteten die umliegenden Wälder, um den Lagerplatz der "Deutschen Kameraden" aufzuspüren und sie "aufzumischen". Man stelle sich einmal vor, eine kleine Gruppe der zumeist sehr jungen Autonomen wäre tatsächlich fündig geworden. Sie hätten sich vermutlich blutige Nasen geholt.

Will man erfolgreich gegen einen politischen Gegner vorgehen, das zeigt sich immer wieder, dann ist Einheit erforderlich. Leider - und für viele unverständlich - hatten sich die Autonomen nach anfänglicher Teilnahme aus dem antifaschistischen Bündnis wieder zurückgezogen, ihre Aktionen "autonom" geplant und dabei den gemeinsamen politischen Gegner offensichtlich zeitweise aus den Augen verloren. Sprüche wie "DGB und SPD tun dem Kapital nicht weh" haben bei einer antifaschistischen Kundgebung, die auf einem Bündnis mit eben diesen Organisationen beruht, nichts zu suchen. Wem derlei Spalterei nützt, hat die Geschichte gezeigt.

Uwe Brams
Anette Nowak

Essthetik von



JONATHAN

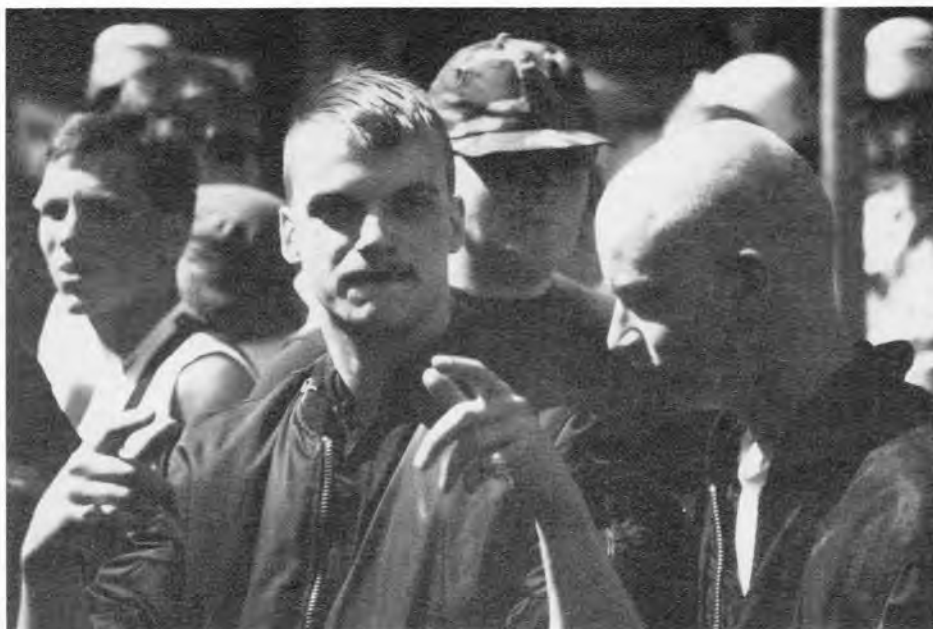
Naturkostladen

Börsenstr. 80

Tel. 04421/13438



Filmten nur Gegendemonstranten: Aufklärer der Polizei.
gw-Foto: Tunnat



"Wir wollen keine Prozente, wir wollen das Reich." (aus dem Aufruf des Deutschen Kameradschaftsbundes)
gw-Foto: Brams



Sind diese Kinder wirklich die rechten Fundamentalisten?

gw-Foto: Tunnat

RELU
Fensterreinigung
preiswert auch im Umland
Achtung - neue Rufnummer!
☎ (0 44 21) 1 21 50

SSZ: FAHRRÄDER!
2940 Wilhelmshaven
Gökerstraße 93 ☎ 3 10 82
MOUNTAIN BIKES
Trekkingräder
Stadträder

Kommentar

SCHLAGKRAFT UND BIß

So viele Polizisten sah man in Wilhelmshaven noch nie auf einem Haufen - da ist die Polizei wohl den vollmundigen Ankündigungen des Organisators Thorsten de Vries, der Deutsche Kameradschaftsbund würde Tausende von Neonazis aus dem gesamten "Reich" in Wilhelmshaven versammeln, aufgesessen.

Lediglich der "Gau" Hamburg war dem Aufruf des Möchtegernführers gefolgt - für die aus ganz Niedersachsen zusammengezogenen Polizeitruppen bot sich dennoch die Möglichkeit, ihre Schlagkraft und ihren Biß unter Beweis zu stellen. Zu Tausenden waren nämlich die GegendemonstrantInnen erschienen, und zumindest einem Teil der "Freunde und Helfer" schien es nicht darauf anzukommen, auf wen sie einschlugen oder ihre Hunde hetzten. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß zumindest einige Polizeibeamte große Sympathie für die Rechtsradikalen mitbrachten. Wie anders ist es zu erklären, daß einzelne Beamte unbeherrscht und wild auf AntifaschistInnen einprügelten?

Auf fast einstimmige Empfehlung des Rates der Stadt Wilhelmshaven hatte die Stadtverwaltung die Nazi-Kundgebung verboten. Nachdem das Verwaltungsgericht dieses Verbot aufgehoben hatte, war klar, daß die Polizei den Aufmarsch der Rechtsradikalen schützen würde. Sie war mit mehreren Hundertschaften präsent, aus Braunschweig war eine Hundestaffel angereist, Zivile trugen offen Schußwaffen bei sich.

Nach Beendigung der Kundgebung ermöglichte die Polizei den Faschisten unter Einsatz von scharfen Hunden und Schlagstöcken den ungestörten und geordneten Abmarsch. Die wenigen GegendemonstrantInnen auf der Börsestraße wurden ohne vorherige Warnung auseinandergeknüpelt und von zähnefletschenden Polizeihunden angegriffen.

Es ist schlimm genug, daß Leute, die z.B. Ausländerwohnheime in Brand stecken, mit behördlicher Genehmigung und unter Polizeischutz das Demonstrations- und Versammlungsrecht für sich in Anspruch nehmen dürfen. Noch schlimmer ist aber, daß diejenigen, die aus der Geschichte gelernt haben und sich neofaschistischen Aufmärschen entgegenstellen, ihr Demonstrationsrecht nur in Konfrontation mit staatlicher Gewalt wahrnehmen können.

**Uwe Brams
Anette Nowak**



gw-Foto: Tunnat



gw-Foto: Brams



gw-Foto: Tunnat

STECKBRIEFMÄßIG

NEONAZIS BLASEN ZUR JAGD AUF ANTIFASCHISTEN

(hk) Im Stil an die Hetzkampagnen der Springer-Blätter gegen die APO und an nationalsozialistische Kampfblätter erinnernd, verfaßte der Deutsche Kameradschaftsbund (Veranstalter des neofaschistischen Aufzuges am 23.5.) ein Flugblatt gegen den DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Klöpper.

Unter der dicklettrigen Überschrift: ACHTUNG! Linker Radikaler! Hat Kontakt zu Gewalttätigen und mutmaßlich zu Personen des terroristischen Umfeldes!" veröffentlicht der Kameradschaftsbund dann Foto, Adresse und Telefonnummer von M. Klöpper.

Dem folgt eine hanebüchene Konstruktion zur Belegung der in der Überschrift gemachten Behauptungen. Das Flugblatt endet mit der Aufforderung: "Achten Sie deshalb auf die Aktivitäten dieses Mannes! Achten Sie auf eventuell in Ihrer Stadt auftretende Chaoten und Polit-Kriminelle! Auch Sie als unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger können von solchen gewaltsamen Ausschreitungen betroffen werden!"

Unseren LeserInnen wird zum größten Teil bekannt sein, daß Manfred Klöpper stets bemüht ist, möglichst alle gesellschaftlichen Kreise umfassende Aktionsbündnisse gegen die Provokationen der Neofaschisten mit auf die Beine zu stellen, daß er aber auch kompromißlos an der Aktionseinheit festhält. Leute, die den antifaschistischen Kampf für ein Cowboy- und Indianerspiel halten, Gruppen, die versuchen mit irgendwelchen Sperenzchen ihr eigenes Süppchen zu kochen, haben da keine Chance.

Verantwortlich für das Flugblatt zeichnet der erst vor wenigen Tagen wegen seiner kriminellen rechtsradikalen Aktivitäten zu

einer 15monatigen Haftstrafe verurteilte Thorsten de Vries. Wer de Vries kennt, weiß auch, daß er selbst niemals in der Lage wäre, ein solches zusammenhängendes Flugblatt zu verfassen. Es muß also jemand anders dahinter stecken!

Zu vermuten ist, daß der "Hauptredner" der Wilhelmshavener Neonazi-Kundgebung, der Hamburger Rechtsradikale Christian Worch, Verfasser des Flugblattes und Initiator der Aktion ist.

Empörend an dem Flugblatt ist nicht so sehr das rechtsradikale Geseire des Verfassers, auch nicht die Tatsache, daß Manfred Klöpper in dem Blatt namentlich angegriffen wird. Empörend ist die hinter der Veröffentlichung von Foto, Namen, Adresse und Telefonnummer stehende Absicht, Aktionen gegen Klöpper und seine Familie zu initiieren.

Schon ohne solche Flugblattveröffentlichungen müssen sich viele aktive Antifaschisten in Wilhelmshaven ständig von (zumeist besoffenen) Rechtsradikalen per Telefon Mord- und andere Drohungen gefallen lassen.

Mit dem Flugblatt rufen die Neofaschisten unverblümt zu Aktionen gegen Manfred Klöpper und dessen Familie auf. Sie bleiben damit einer Aktionsform treu, die die Faschisten seit ihrem Bestehen am besten verstehen: dem individuellen Terror!



gw-Foto: Brams



gw-Foto: Brams



gw-Foto: Tunnat

"Der Besonnenheit der Polizei ist es vor allem zu verdanken, daß weder ein nennenswerter Personen- noch Sachschaden zu beklagen ist." (aus einem WZ-Leserbrief des Polizeiseelsorgers Frank Moritz)

TROCKENGEFALLEN

MARINEAUSSTELLUNG ÜBERTRIFFT ALLE BEFÜRCHTUNGEN

(ef/noa) Nachdem der Traum vom Museumsschiff Deutschland endgültig ausgeträumt ist, muß der Förderverein Deutsches Marine-Museum e.V. nun doch an Land bleiben.

Mit der "Absicht, den Gedanken an ein Deutsches Marine-Museum in Wilhelms-haven neu zu beleben", zeigt der Förderverein seit dem 16. Mai bis zum 15. Juli die Ausstellung "Schiffe, Bilder, Dokumente; auf dem Wege zu einem Deutschen Marine-Museum". "Der Besuch lohnt sich!" behaupten Eberhard Menzel und Arno Schreiber in ihrem Grußwort auf S. 1 der Broschüre zur Ausstellung.

"Bewältigen" könnte man die Ausstellung in einem Viertelstündchen. Wenn das, was da zu sehen ist, "einen großen Teil der inzwischen gesammelten Ausstellungsstücke" darstellt, wie der Präsident des Fördervereins, Alfons Teipel, im Geleitwort zur Broschüre schreibt, dann dürfte das Museum in einem Einfamilienhaus unterzubringen sein. Die gezeigten Schiffsnachbildungen und einige Kopien von Dokumenten und Urkunden, deren Originale in entsprechenden Museen in Rostock, Berlin oder anderswo ausliegen, brauchten, da man sich nur "auf dem Wege zu einem Deutschem Marine-Museum" befindet, nicht diebstahlsicher in gläsernen Vitrinen, sondern nur durch durchsichtige PVC-Folien geschützt zu werden. Nicht festzustellen war, ob die teils hölzernen Schiffe en miniature in Freistunden an Bord hergestellt worden waren oder ob sie gar geschichtsträchtig der hohen Admiralität zur plastischen Darstellung ihrer Kampfaktiken bei realen und gespielten Seeschlachten gedient hatten.

Nur in einem kleinen Kabüffchen am Ende der Ausstellung war Marinetradition so richtig zu riechen. Uniformröcke der zehn

deutschen Marinen, die es in den 150 Jahren deutscher Marinegeschichte gegeben hat, Mützen, Epauletten, Orden und Ehrenzeichen und einiges mehr konnten wir hier bestaunen. Doch diese Exponate gehören nicht dem Förderverein, sondern einem Mitbürger namens Hermanns, der zufällig auch anwesend war - glücklicherweise, denn so war wenigstens unser Eintrittsgeld gut angelegt.



gw-Foto: Tunnat

Herr Hermanns, selbst ehemaliger Seelord und nach eigenen Worten von einer "Marinemacke" besessen, kennt sich in der deutschen Marinegeschichte gut aus und ließ uns an seinen Kenntnissen teilhaben. Er ist Mitglied im Förderverein. Ob er es jemals zum Präsidenten dieses Clubs bringen könnte, erscheint uns angesichts seiner Vorstellungen allerdings höchst fraglich, denn da ist trotz aller Begeisterung für alles Maritime keine kritikallose Verherrlichung

seemännischer "Heldentaten" im Krieg spürbar.

Lohnt sich der Besuch denn nun wirklich? Fest steht: Es lohnt sich für die Kasse des Fördervereins. 4,-- DM Eintritt, für Kinder und Gruppen wenig weniger, sind am Eingang zu berappen. Wieviel würden die dann bloß bei einem richtigen Museum nehmen?

Sicher kostet selbst eine mickrige Ausstellung Geld. Immerhin mußte man in viermonatiger Arbeit die Räume herrichten, das Ausstellungsgut herbeischaffen, Reinigungs- und Kassenpersonal bezahlen. Da mußte der Schatzmeister des Fördervereins tief in die Tasche greifen, sollte man meinen. Aber hier irrten wir! Die im Grußwort erwähnte Zusammenarbeit zwischen Förderverein und Freizeit GmbH scheint hauptsächlich in der Beschaffung des Geldes durch letztere zu bestehen. Keine müde Mark, so scheint es, hat der Verein dafür hingelegt, denn die Herrichtung wurde durch ABM-Kräfte, die zu 80 % vom Arbeitsamt, zu 20 % von der Freizeit bezahlt werden, vorgenommen.

Die Frage, in wessen Kasse die Eintrittsgelder fließen, wäre erheblich interessanter, wenn der Besuch den optimistischen Erwartungen entsprechen würde. Der Nummerierung auf den Eintrittskarten zufolge hat man mit 99.999 BesucherInnen gerechnet. Nach glaubhaften Aussagen der Kassenkraft sollen es aber vom Eröffnungstag bis zu unserem Besuch (29. Mai) nur gut 350 (einschließlich Kinder und Gruppen) gewesen sein - darunter eine Gruppe von zehn Marintern unter Führung eines Kapitäns.

Die geringen Besucherzahlen dürften die eindeutige Antwort der Wilhelmshavener Bevölkerung und der Touristen sein: An einem Marine-Museum ist man nicht interessiert. Wenn nach Abschluß der Ausstellung Bilanz gezogen wird, werden die Oberen des Fördervereins jedoch eine Ausrede parat haben: Die hohen Eintrittspreise haben die Leute abgeschreckt.

Gastkommentar

ANTI-KRIEGSMUSEUM

Ein Marinemuseum, in dem Kriegsschiffe gezeigt werden, Torpedos, Waffentechnik aller Art und harmlos erscheinende Postkartengrüße der blauen Jungs von gestern, hat immer die Funktion eines Kriegsmuseums, auch wenn man etwas anderes erklärt und als Alibi das Leben der Werftarbeiter da mit reinbringt. Ein Marinemuseum hält den Ungeist von gestern wach und dient dazu, jederzeit (z.B. für UNO-Einsätze) Kriegsbereitschaft zu fördern, ob man das heute will oder nicht.

Es ist völlig verantwortungslos, um des schnöden Mammons willen so ein Museum auf den Weg zu bringen. Keinem Kommunalpolitiker, der diesem Projekt zustimmt, wird das je nachgesehen werden können, besonders nicht denen, die gerne hinter Friedenstauben hermarschieren. Haben die Planer dieses Museums denn gar keine Moral mehr, keinen Scham? Ist Geldmachen, Touristen anziehen, selbst mit so einem Projekt, das einzige was zählt?

Alle Völker haben solche Museen, höre ich oft. Das ist wohl so, die aggressiven und Kolonialmächte besonders. Aber haben wir in Deutschland nicht eine besondere Geschichte? Sind nicht von deutschen Ingenieuren, Soldaten, Zugführern, Heizern und Aufsehern fabrikmäßig systematisch 6 Millionen Juden vernichtet worden; und sind nicht ihre Knochen, Haare und Goldzähne auch noch verarbeitet worden?

Ein Volk mit einer solchen Geschichte sollte sich kein Kriegsmuseum mehr leisten, auch kein "harmloses" Marinemuseum. Durch Stillschweigen und Flankenschutz ist die Marine des 3. Reiches genauso schuldig geworden wie die SS! -

Die einzige Verwendung für die Zeugnisse aus barbarischer Zeit sehe ich in einem Antikriegsmuseum. Nur Pazifisten und erklärte Kriegsgegner dürften es einrichten. Es wäre einmalig in Deutschland, und die Kassen würden klingeln, weil es zum Glück genug Leute gibt, die jegliche Kriegspropaganda zum Kotzen finden, weil es genug Lehrer gibt, die mit ihren Schülern anhand des Materials erarbeiten würden, warum es Kriege gibt, wer an ihnen verdient und wer den Kopf hinhalten muß.

Johann Janssen

Ständige Termine

**AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-
VERBRENNUNG:** Forum: jd. 2. Do. im Monat
um 20.00 Uhr / Kulisse, Kontakt: Tel. 44000 und
34734.

ANTIFA CAFÉ: Jd. 1. + 3. Mo. im Monat um
18.00 Uhr "Kling Klang"

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WHV: Jd.
2. + 4. Mo. im Monat; Verein d. Türken; Rhein-
str. 123; 19.30 Uhr

ARBEITSLÖSENINITIATIVE: Werftstr. 71

ARBEITSKREIS STRAFVOLLZUG: Montags
18.30 Uhr BBS I (Schule Heppens) Zi. 125

ARBEITSKREIS SÜDAFRIKA: jd. 1. Mi. 20.00
Uhr DGB-Haus, Kiekerstr. 63

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN:
Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten:
Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathaus-
platz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

**BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ
IN DEUTSCHLAND (BUND):** Jw. letzten Di. im
Monat (außer Juli und Dez.) um 20 Uhr, PER-
SPEKTIVE, Schellingstr. 21

**BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDER-
FEINDLICHKEIT (BIGAF):** Tel. 44044

**BUW (BÜRGERINITIATIVE UMWELT-
SCHUTZ WILHELMSHAVEN):** H. Klöpper,
Weserstr. 33, Tel. 04421-44000

DAS BLAUE LUFTSCHIFF: Verein zur Förde-
rung seelischen Wohlergehens; jd. Mi. ab 18 Uhr
Bremer Str. 139 (AIDS-Hilfe)

**DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
(DKP):** "Der Samstagstreff" jd. Sa. 15 Uhr; Polit.
Frühshoppen: jd. 1. So. im Monat; DKP-Büro,
Rheinstr. 123

DFG/VK: Jd. 2. u. 4. Mi. im Monat um 20 Uhr;
Jugendheim Kirchreihe 18a, Beratung für Kriegs-
dienstverweigerer: jd. 2. u. 4. Di. im Monat 19
Uhr, Reservistentreffen: jd. 1. u. 3. Di. im Mo-
nat/TARISH

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat
15.30 Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Ge-
meindehaus Banter Kirche

EINE-WELT-GRUPPE: jd. 2. + 4. Fr. i. M. 20
Uhr Infoladen, Rheinstr. 104.

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. +
4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr
im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel. 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17
Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr.
10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel. 22234, Tag-
und Nachtbereitschaft

FRAUENLISTE: Büro Rheinstr. 168; Di. von 10-
12 Uhr; Mi. 16-18 Uhr; jd. 1. Mi. im Monat 20
Uhr "Offener Abend" zum Kennenlernen und Klö-
nen; jd. 2. Di. 16-18 Uhr: Sprechstunde mit Rats-
frau M. Schwarz; jd. 4. Mi. im Monat öffentliche
Veranstaltung in der "Kulisse" oder MV im Büro

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN:
jd. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im
PUMPWERK

GRAUE PANTHER: Rheinstr. 64 (To Huus) Di.
19 Uhr; Fr. 15 Uhr Rommé

GREENPEACE: Jd. 1. Mi. im Monat um 19 Uhr
Max-Planck-Schule (Eingang Mühlenweg); Kon-
takt: 26582 o. 21669

GRÜNE: Jd. 2. Mi. im Monat: Bürgersprechstunde
17-18 Uhr; Fraktion 18-20 Uhr; Öffentl. MV jd. 3.
Mi. 20-22 Uhr; GRÜNE Jugend jd. 1. + 3. Di.
19.30 Uhr im GRÜNEN BÜRO, Ulmenstr. 26,
Tel. 37120; Öffnungszeiten: Mi. 16-20, Do. 8-12
Uhr.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-
21 Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

**INTERNATIONALER MÄDCHENGE-
SPRACHSKREIS:** Kontakt 30 59 13

JUSOS IN WHV: jd. Do. 20 Uhr Jugendheim,
Kirchreihe 18a

PAVILLION: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21
Uhr

PROBLEMTTELEFON-TELEFONSELSORGE
Tägl. 18-22 Uhr; Tel. 43299

PRO FAMILIA: Ärztliche, soziale und psycholo-
gische Beratungsstunden für Jugendliche und Er-
wachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

QUERELE: jd. 2. + 4. Fr. 20 Uhr, Bremerstr. 139
(AIDS-Hilfe)

SCHWULENGRUPPE "ROSA JUNGES": jd. 1.
u. 3. Do. 19-21 Uhr, Bremerstr. 139, Tel. 21149

**SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER
FRAUEN:** jd. Mo. 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr.
71. Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugend-
heim Kirchreihe 18a

SOS-JUGENDBERATUNG: Schillerstr. 8, Tel.
12711, Mo.-Fr. 13-15 Uhr und nach Vereinba-
rung; "Treffpunkt": Do. 18-21 Uhr

STADTSCHÜLERAT: Jd. 1. + 3. Mo. im Mo-
nat (außer i.d. Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kir-
chreihe 18a; Kontakt: 17547 o. 60610

STILLGRUPPE: Di. 15 Uhr, Heike Drenker, Am
Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/7500

STILLGRUPPE: jd. 2. + 4. Mo. 10-12 Uhr, Ge-
meindehaus Neuender Kirche, Tel. 73338 o.
04461/72577

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend
Bant, Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven,
Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, 2948
Schortens 2; Tel. 04421/701055; jd. 1. + 3. So.
17 Uhr im TARISH

**ÜBERPARTEILICHER FRAUENVERBAND
"VERITAS":** Treff jd. 2. Mi. im Monat 19.30
Uhr

**VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER
UND VÄTER:** Jd. 4. fr. im Monat um 20.30 Uhr,
RUSCHEREI; Kontakt: 04423/7705 oder 502653

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1.
Mo. 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer
Str. 139; Tel. 21149 (Büro) und 19411 (Beratung)
Di. + Do. 19-21 Uhr; Information, Beratung
(anonym + persönlich), Begleitung, Schwulen-
gruppe, JES-Gruppe Di. ab 19 Uhr; Offener Treff:
Do. ab 19 Uhr

**WILHELMSHAVENER MUSIKERINITIA-
TIVE:** Musikerhaus Banter Deich 8; Tel. 44699,
11 bis 19 Uhr

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-22
Uhr, Gewerkschaftshaus Kiekerstr. 63

KÜRZUNG

von Unterrichtsstunden und Vergrößerung
von Klassen droht ab dem kommenden
Schuljahr an Wilhelmshavener Schulen
durch den neuen Erlaß zur Unterrichtsver-
sorgung. Die Kollegien der Wil-
helmshavener Hauptschulen haben
ausgerechnet, was die Schönrechnerei in
Sachen Stundenbedarf für sie bedeutet.
Braucht die Hauptschule Bremer Straße
nach der alten Bemessungsgrundlage 489
Lehrerstunden, so sind das im kommenden
Schuljahr nur noch 403 Stunden; an der
Hauptschule Heppens können statt 255 nur
noch 204 Lehrerstunden verplant werden;
und an der Hauptschule Nogatstraße
schrumpft das Kontingent an Lehrerstun-
den von 261 auf 233. Das entspricht einer
durchschnittlichen Verringerung der
Unterrichtsversorgung um 15,3 %! (noa)

STREICHUNGEN

bei der ambulanten Pflege nimmt die AOK
vor. Die Betreuung alter Menschen in

ihrer häuslichen Umgebung (Verabreichen
von Medikamenten, Bewegungsübungen,
Einreibungen und ähnliche Leistungen)
wird von Ärzten verschrieben und u.a.
durch den Verein Freie Soziale Dienste
e.V. durchgeführt.

Bei mehreren Patienten tauchte nun in den
letzten Tagen der AOK-Vertragsarzt auf,
verschaffte sich innerhalb einer knappen
halben Stunde einen flüchtigen Eindruck
von der Situation und strich einzelne Ver-
ordnungen mit der Begründung, daß sie
überflüssig seien.

Die ambulante Pflege bewahrt viele alte
MitbürgerInnen vor der Übersiedlung ins
Pflegeheim. Sie ist viel kostengünstiger als
die Heimunterbringung. Die Sparmaßnah-
men an den alten Leuten werden also letz-
tendlich zu Mehrkosten führen. Allerdings
wird nicht die AOK die Mehrkosten tra-
gen, denn dafür ist das Sozialamt zustän-
dig. Mehr zu den Hintergründen und
Zusammenhängen im nächsten GEGEN-
WIND.(noa)

b i s t r o

Tarish

Salate hausgemachte Suppen
Omelettes Baguettes
Aufläufe veg. Spezialitäten Eis

Vegetarische Vollwertküche
Börnsenstr. 25 · ☎ 41616
Öffnungszeiten: Täglich ab 18.00 Uhr

LAG ROCK
in Niedersachsen
Regionalbüro Wilhelmshaven
proudly presents:

Wochenende an der Jade 1992
Fliegerdeichbühne

Donnerstag, 2. Juli
Blues-Afternoon 15 - 18.30 Uhr
Big Papa And Harp Face
& HOLGER KAISER
Blues- & Hardrock-Night 20 - 23 Uhr
Boob-Tubes / Ex-Reservebank
& BALLERMANN

Freitag, 3. Juli
Songpoet-Afternoon 16 - 18.30
Marc & Tom
Oldie- & Rocknight 20 - 2 Uhr
Johnny Needs Crime & The Big Easy

Samstag, 4. Juli
Pop-Afternoon 15 - 18.30 Uhr
Room Six & Charles de Peer
Caribic-Night 20 - 24 Uhr
Spell & Mi Ritmo
Midnight Special 24 - 2 Uhr
Prager Holz- und Blech - Ensemble

Sonntag, 5. Juli
Jazzport 11 - 13 Uhr
Casaloma Swingtett
Pop - Night 20 - 22 Uhr
The Coast / Ex-Certain Images

ERFOLGREICH

war der Schulstreik an der Grundschule Kathrinensfeld. Die Gesamtelternversammlung vom 15. Juni hatte einstimmig einen unbefristeten Schulstreik vom 23. Juni an beschlossen, um die Einstellung eines Schulleiters oder einer Schulleiterin zu erzwingen. Seit dem 1. Februar ist diese Stelle schon unbesetzt, und eine Lehrerin hatte diesen Posten kommissarisch für die Zeit bis zu den Sommerferien übernommen. Nun war dem Schulelternrat mitgeteilt worden, daß die Stelle zum 1. August nicht besetzt werde. Außer einem/r hauptamtlichen SchulleiterIn fordert die Elternschaft eine halbe Lehrerstelle, um im neuen Schuljahr den vorgeschriebenen Unterricht zu gewährleisten. Mit dem jetzt vorhandenen Personal könnte nach den Sommerferien der Unterricht nur zu 88,8 % erteilt werden.

Am 23. Juni versammelten sich Eltern und Schulkinder auf dem Schulhof; Unterricht fand an diesem Tag nicht statt. Der Erfolg: Die Besetzung der Schulleiterstelle zum 1. August wurde (zu 99,9 %) zugesagt. Daraufhin schickten die Eltern ihre Kinder am 24. Juni wieder zum Unterricht. Sie sind allerdings bereit, den Streik sofort wieder aufzunehmen, wenn der/die zugesagte neue SchulleiterIn nach den Ferien doch nicht da ist. (noa)

Kulturzentrum
pumpwerk
METROPOL

JAHRMARKT DER PHANTASIE ZUM WINDFEST 1992

FR, 03.7.
ab 20 Uhr Bördebrothers, Köbes Underground, Zebra Theater, Fakir Alyn, Jimmy James & The Blue Flames, Sonora Tropical ...

SA, 04.7.
ab 20 Uhr Junges Theater Wilhelmshaven - Nordrhein-Westfalen, Prager Holz & Blech Ensemble, Jimmy James & The Blue Flames, Zebra Theater, Sonora Tropical, Al Martin & his Big Bam bou ...

SO, 05.7. 11.00 Frühschoppen mit der KATTEKER JAZZBAND

- SOMMERPAUSE bis 15. August -

METROPOL täglich ab 10 Uhr bis zum Umfallen geöffnet

MUSIKVERANSTALTUNGEN im
METROPOL
siehe LAG ROCK

SA 15.8. Pumpwerk - Geburtstags - Revue

SA, 22.8. DIE ANGEFAHRENE SCHULKINDER

FR, 28.8. EIGHT DAYZ Pop



LAG ROCK
in Niedersachsen
Regionalbüro Wilhelmshaven
proudly presents:

Metropol-Sommerprogramm im PUMPWERK

FR, 10.7.
SA, 11.7. SOMMERFEST
21.00 Uhr mit Rudolfo Solm u.a.

SO, 12.7. Frühschoppen mit
11.00 Uhr BALLERMANN

FR, 17.7. T. Koppelberg
21.00 Uhr "Das Testament"

SA, 18.7. Pianoabend mit
21.00 Uhr EMANEL CODAUSI

SO, 19.7. Frühschoppen mit den
11.00 Uhr KING SWINGERS

FR, 24.7.
SA, 25.7. BOGUSCH-BROTHERS
21.00 Uhr

SO, 26.7. Frühschoppen mit den
11.00 Uhr SEAPORT STOMPERS

FR, 31.7. Reggae mit
21.00 Uhr CHI KALE

SA, 01.8. SUNNY SIDE UP
21.00 Uhr

SO, 02.8. Frühschoppen mit
11.00 Uhr THE BLARNEY

FR, 07.8. DOUGLAZ A. M.
21.00 Uhr Unplugged

SA, 08.8. INDIAN SUMMER
21.00 UHR IN THE RESERVATES

SO, 09.8. Frühschoppen mit
11.00 Uhr CALEDONIA

GALERIE M

in der Burg Kniphausen

Ausstellung
UWE APPOLD
Skulpturen und Bilder

28. Juni - 7. August 1992



KULTUR · KOMMUNIKATION

HOTEL

KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

Freitag und Samstag
21.00 bis 3.00 Uhr:
MusicHallbis jeweils 24.00 Uhr
Tequila-Party - diverse Sorten
DM 2.-Jeden Samstag 15.00 Uhr:
Fußball auf Großbild
(2 X 2 Meter)

HOTEL

KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

MUSIK FÜR DICH

Täglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)
FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:
Tasse 1,- DM

GESETZWIDRIG

"HILFSLEHRERINNEN" DÜRFEN NUR AUßERHALB DES SCHULBETRIEBES EINGESETZT WERDEN

(noa) In unserer Ausgabe 106 berichteten wir unter der Überschrift "Lehrkräfte light" von einem besonders fragwürdigen Versuch, den LehrerInnenmangel an den Wilhelmshavener Schulen zu vertuschen: die Einstellung von im Schnellverfahren ausgebildeten ABM-Kräften als Hilfslehrerinnen.

Seit den Osterferien sind die 15 Frauen nun in den Schulen tätig - trotz aller Bedenken und erheblicher Zweifel an der Legalität des Einsatzes. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft veröffentlichte in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung "Rohrstock" die Verfügung des Niedersächsischen Kultusministeriums, aus der klar hervorgeht, daß eine Beschäftigung der ABM-Kräfte im Unterricht gesetzwidrig ist: "Aus Par. 38 NSchG folgt, daß alle an der Schule mit der Lehre und der pädagogischen Betreuung sowie vorbereitenden Tätigkeiten und Hilfsarbeiten betrauten Personen, die in Ergänzung zu den Lehrern tätig werden, in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land und unter Aufsicht des Landes stehen. Die anderen Mitarbeiter, die an der Schule tätig sind, befinden sich in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Schulträger."

Es muß also sichergestellt sein, daß die genannten ABM-Kräfte entweder so eingesetzt werden, daß sie eindeutig zu der zuletzt genannten Gruppe gehören, oder daß ihre Tätigkeit außerhalb des Schulbetriebes in alleiniger Verantwortung des Schulträgers erfolgt, dieser also quasi nur das Schulgebäude für einen außerschulischen Zweck nutzt....

Die Bezirksregierung Weser-Ems ergänzte diese kultusministerielle Verfügung um die konkretisierende Bestimmung, daß den ABM-Kräften "keine pädagogischen Funktionen - auch nicht im weitesten Sinne - übertragen werden" dürfen.

Unbekümmert werden die Hilfslehrerinnen aber seit Wochen u.a. eben auch mit pädagogischen Aufgaben "im weitesten Sinne"

betraut. Laut "Rohrstock" will die staatliche Schulaufsicht in Wilhelmshaven erst dann eingreifen, "wenn es Probleme gibt" - also voraussichtlich gar nicht.

"Probleme", die so offenkundig sind, daß ein "Eingreifen" nötig wird, werden wohl kaum auftreten, denn sicherlich bringen die Frauen, die sich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt haben, genügend Engagement und Interesse mit, um mit den Kindern nett umzugehen und keine allzu groben Fehler zu machen. Der gesetzwidrige Zustand wird also voraussichtlich anhalten, zumal die SchulleiterInnen und LehrerInnen, denen eine pädagogische Hilfskraft zugeordnet wurde, keinen Alarm schlagen werden.

Eine andere Seite hat die ganze Angelegenheit: Gegenüber den betreffenden Frauen verhalten sich die Stadt und das Arbeitsamt ausgesprochen unfair. Eine Weiterbeschäftigung der Hilfslehrerinnen nach Beendigung der AB-Maßnahme (maximal zwei Jahre) kommt nicht in Frage. Die Stadt kann sich die Übernahme bekanntermaßen nicht leisten, und das Kultusministerium hat in seinem o.a. Erlass vorsorglich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht darauf einlassen wird, die Fakten, die hier geschaffen wurden, nachträglich zu sanktionieren: "Darüber hinaus sollte die Stadt Wilhelmshaven (aktenkundig) besonders darauf hingewiesen werden, daß demzufolge eine Übernahme der betr. Kräfte in den Landesdienst auch nach Auslaufen der ABM-Mittel oder sonstwie geartete finanzielle Leistungen des Landes in diesem Zusammenhang ausgeschlossen sind."

Leserbrief

Liebe Gegenwind-Redaktion:

Nach unserem Gespräch habe ich es geahnt, aber doch nicht glauben wollen: Unsere Arbeit sollte in Eurer neuen Mai-Ausgabe verrissen werden!

Zur Vorgeschichte: Auf meine Frage nach dem Inhalt des bevorstehenden Interviews, sagte Imke (Redaktion Gegenwind) mir, es handle sich um "nichts besonderes", sondern lediglich um die Weiterentwicklung des Pumpwerks. Nun stehen wir als "Headliner" da. Sollen wir mit unserem Namen für Euch neue Leserschichten ansprechen?

Wir sind weder vor - noch nach dem Gespräch darüber informiert worden, welche Wichtigkeit Ihr unserem Thema in einem "Neofaschistischen Monat" beimißt.

Zum Inhaltlichen: Mir ist nicht ganz klar, ob es "Böswilligkeit" oder einfach eine "schlechte

Schreibe" ist, daß Ihr aus einem 2 Stunden Gespräch nur einzelne Sätze herausreißt. Hauptkritikpunkte waren für Euch die Eintrittspreise (weniger im Gespräch, umso mehr in der Nachbereitung). Ich habe Euch sehr ehrlich und informativ über unsere finanzielle Situation berichtet, davon ist leider nichts, aber auch gar nichts! in Eurem Interview wiedergegeben.

Sehr im Kritikpunkt standen wir bei Euch, als es um das Thema Faschismus ging. Dazu sei nun bemerkt: 3 Treffs aller Antifa-Gruppen haben im Pumpwerk stattgefunden, und zwar vor Eurem Interview. Zweimal war Hilde (Gegenwind-Redaktion) mit dabei.

Richtig ist, daß unser Programm ausgedünnt wurde, allerdings nicht um 30%, wie von Euch behauptet. Wir arbeiten saisonaler. Das heißt z.B. ein Kleinkunstfestival im Nov. 91 mit 11 Veranstaltungen füllt das Volumen von fast 3 Monaten. Das heißt auch, daß ein Kleinkunstfestival für Kleine mit 14 Programmblöcken innerhalb einer Woche durchgeführt wird und Ihr feststellt, es wird im Kleinkunstbereich weniger angeboten.

Mir ist klar, daß ein Blatt wie Eures von den "Negativen Schlagzeilen" existiert. Das ist auch gut so und soll auch so sein. Das Pumpwerk wird auch gerne für berechtigte bzw. konstruktive Kritik herhalten. Ich persönlich habe in den letzten Jahren trotz eines nach meinem Arbeitsvertrag eingegrenzten Arbeitsgebietes (Verwaltung) im Pumpwerk "mit gestaltet" und eben nicht (nur) verwaltet.

Das heißt, ich bin nicht bereit, vor einer klärenden Aussprache ein weiteres Gespräch mit Euch zu führen. Zukünftig empfehle ich Euch, den direkten Weg zur Geschäftsführung.

Jürgen Mangels

Mit kollegialem Gruß für einen ehrlichen Journalismus

Unsere Artikel im letzten Gegenwind haben inhaltlich ohne Abstriche weiter Bestand. Keinen Bestand hat unsere Ankündigung, daß wir den Pumpwerk-Artikel in dieser Ausgabe fortsetzen - der zuständige Schreiber hatte Urlaub. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

WER WIND SÄT ...

ENGSTLER BEWIRKT RÜCKSCHLAG FÜR DIE PVC-INDUSTRIE

(hk) Wer viel fragt, kriegt viel Antwort. Diese Binsenweisheit kann der Wilhelmshavener Landtagsabgeordnete Dr. Horst Engstler bestätigen, der unlängst eine Anfrage an die Landesregierung stellte, welche in den "Richtlinien öffentliches Auftragswesen" PVC als umweltbelastend einstufen will.

Engstlers "Kleine Anfrage" umfaßt sieben Teilfragen, die Dr. Peter Fischer, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr namens der Landesregierung detailliert auf sieben Seiten beantwortete. Das Schriftstück stellt eine bemerkenswerte Zusammenfassung der gesamten PVC-Problematik dar.

DIE VERNICHTUNG VON ARBEITSPLÄTZEN

Ist gleich Inhalt zweier der sieben Fragen. Dieser alte Hut ist aus dem lokalen Pressekrieg der PVC-Befürworter hinlänglich bekannt. Niemand hinterfragt dabei die schleichende Vernichtung von Gesundheit und Menschenleben. Auch die Asbest- oder FCKW-produzierende Industrie mußte und muß sich dieser Frage durch gesetzliche Verbote und Beschränkungen stellen.

Fischer stellt hierzu fest, daß die Zahl der Arbeitsplätze bei der ICI Wilhelmshaven (einschließlich ICI Atlantik) etwa 500 beträgt, setzt jedoch die Flexibilität der Industrie hinsichtlich der Umstellung auf umweltverträgliche Produkte voraus.

STELLUNGNAHME DER ICI

Daß die ICI angesichts der geplanten Richtlinie nicht laut hurra brüllt, liegt auf der Hand. Dennoch hat sie "den Aussagen des Erlaßentwurfs, Produktionsprozesse so zu gestalten, daß sie energiesparend und umweltverträglich sind, grundsätzlich zugestimmt", wobei natürlich die weiteren Ziele des Umweltschutzes von ihr "vorbildlich praktiziert" werden.

Welche andere Aussage wäre auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit möglich gewesen? Besser noch: "Gerade auch unter Umweltgesichtspunkten", so die ICI, "dürfe ... PVC nicht von einer Verwendung im Hoch- und Tiefbau ausgeschlossen werden".

"Werde PVC gleichwohl *diskreditiert*, so sei für ICI und für die PVC-verarbeitende Industrie mit schwerem wirtschaftlichem Schaden zu rechnen." Ehrlich währt am längsten ...

Der Umfang der Umsatzeinbußen und der gefährdeten Arbeitsplätze, so Fischer, läßt sich nicht genau ermitteln, da der Umfang der möglichen Substitution (= Ersatz) nicht bekannt ist. (Anm der Redaktion: laut Studie der Wartig-Chemieberatung ist in 95% der Anwendungen eine Substitution möglich.)

DIE VEREINBARKEIT MIT DER LANDESHAUSHALTSORDNUNG

Ist Inhalt der 5. Frage. Der Landesrechnungshof (LHO) befürchtet, so Fischer, daß die Richtlinien im Entwurf "zu allgemein gefaßt" seien und "keine präzisen Regelungen" enthielten. "Insoweit sei zu befürchten, daß solche Regelungen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zuwiderliefen" und "die Beurteilung ... damit in das Belieben der Mitarbeiter gestellt" werde.

Die subjektive Unterstellung des "Beliebens" lautet offiziell "pflichtgemäßes Ermessen", was zum Ausdruck bringt, daß es sich bei den SachbearbeiterInnen um Fachleute handelt, welche mit der LHO und anderen rechtlichen Bindungen der öffentlichen Hand vertraut sind.

Engstler muß sich zunächst darüber aufklären lassen, daß die genannten Haushaltsgrundsätze *keinen absoluten Bindungsgrad* entfalten, sondern daneben andere Rechtsprinzipien zu berücksichtigen sind.

Diese Prinzipien - z. B. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes - führt Fischer auf und versäumt es nicht, darauf hinzuweisen, daß sich "mit ökologisch vorteilhaften Maßnahmen oft gleichzeitig auch Kosteneinsparungen erreichen" lassen.

SIND ALLE PVC-HALTIGEN PRODUKTE UMWELTSCHÄDLICH?

Diese Frage beantwortet Fischer abschließend und eindeutig mit dem Wort "Ja."

Umso ausführlicher (3 Seiten) gestaltet sich die Antwort auf die zweite Teilfrage "und wenn ja, warum?" Da die Aussagen zur Umweltbrisanz von PVC aufmerksamen GEGENWIND-LeserInnen hinlänglich bekannt sein müßten, sollen folgende Aussagen ausreichen:

An erster Stelle steht für Fischer die Entsorgungsproblematik, da zur Gewährleistung der umweltgerechten Entsorgung verbrauchter Erzeugnisse "große technische Anstrengungen erforderlich sind" und zu den vorhandenen sieben Millionen Tonnen "jedes Jahr eine weitere Million Tonnen hinzukommen wird." (Schätzung Umweltbundesamt)

Problematisch sind für Fischer auch "die Zusätze (bis zu 50% des Endproduktes),

die dem Polymer zugegeben werden, um die erwünschten Eigenschaften der fertigen PVC-Produkte zu erreichen."

PVC ist in der Deponie nicht abbaubar, hingegen werden ökotoxikologisch bedenkliche Zusatzstoffe herausgelöst, werden in der Umwelt verteilt, können nicht abgebaut werden und reichern sich demzufolge an.

"Obwohl der PVC-Anteil im Hausmüll derzeit etwa nur 1% beträgt", (worauf sich die Industrie ständig ein Ei pellet), ist etwa *die Hälfte der Chlorwasserstoffbildung in den Müllverbrennungsanlagen* auf diesen Anteil zurückzuführen und damit für einen hohen Kostenanteil bei der Rauchgaswäsche verantwortlich". Gilt es doch, Dioxine und Furane, Salzsäure, Cadmium, Blei und weitere Folgeemissionen der PVC-Verbrennung aus der Umwelt fernzuhalten.

Das Recycling beschränkt sich auf Produkte "mit eingeschränkter Verwendbarkeit" wie Lärmschutzwände und Parkbänke.

OBJEKTIVITÄT

Bezugnehmend auf die vorhergehende Frage erkundigt sich Engstler abschließend, "welche anderslautenden wissenschaftlichen Stellungnahmen von PVC ... die Landesregierung" kennt.

Da der Inhalt der Bezugsaussage vorher nicht bekannt sein kann und damit "anderslautende" nicht definiert ist (Red.), benennt Fischer acht Quellen verschiedenster Aussage, von der PVC-Industrie über die Bundesregierung bis zu den Umweltverbänden.

"Die Landesregierung hat alle diese Publikationen, die die Problematik der *Umweltauswirkungen dieses Kunststoffes* aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und demzufolge auch zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen, gewürdigt und kommt zu dem Ergebnis, daß es erforderlich ist, umweltverträgliche Ersatzstoffe für PVC zu fördern."

KOMMENTAR DER REDAKTION

Engstlers Fragen sind übrigens - fast typisch für solche "Kleinen Anfragen" - subjektiv-rhetorisch gehalten, d. h. sie setzen die Aussage der Antwort zumindest teilweise als bekannt voraus. In diesem Fall wird Engstlers Beeinflussung durch die PVC-Industrie aus seiner Fragestellung heraus deutlich.

Ob er damit gerechnet hat, eine "große", d. h. umfassende und sachverständige Antwort zu erhalten, ist fraglich. Letztlich hat er damit den Interessen der PVC-Industrie, die ihre Widersacher gern als inkompetente Hobby - Umweltschützer darstellen, einen Bärendienst erwiesen.

ANZEIGE

falsch geTICt

Für 1,5 Mio DM bekommt Wilhelmshaven mal wieder ein neues Logo. Der verwaschene Tintenklecks (was hat er uns eigentlich gekostet?) wird durch einen neuen Geniestreich ersetzt werden. Sonst noch was außer Spesen?

Mit dem Argument, man könne sich die fälligen Landeszuschüsse nicht entgehen lassen, ging der Rat der Stadt wieder mal einkaufen. Unbeirrt durch frühere schlechte Erfahrungen mit dieser Argumentation wirft die verarmte Stadt 450.000,-- DM hinaus für ein Projekt, für das sie ohne Landeszuschüsse sicher keinen Pfennig lockermachen würde. Und so erhält die Firma TIC - Technical Consulting - den Auftrag für 1,5 Mio DM für den Raum Wilhelmshaven-Friesland alles neu zu machen: neues Image (Neusprachlich: Corporate Identity), neues Logo, neues Werbematerial, neuen Videofilm, vor allem aber neue Arbeitsplätze. Die Chance, daß daraus was Vernünftiges wird, erscheint denkbar gering. TIC ist nicht etwa aus einem Ideenwettbewerb hervorgegangen oder hat sich durch Erfolge oder einschlägige Erfahrungen qualifiziert, sondern der Kontakt kam "auf Vermittlung von Herrn Ehrenberg" zustande. Die Wilhelmshavener werden sich begeistert an die Freundschaft unseres ehemaligen Stadtbaurates mit dem Gutachter des Generalverkehrsplanes und deren Ergebnis erinnern. Nach übereinstimmender Einschätzung vieler Ratsmitglieder liegt auch kein überzeugendes Konzept vor. "Bei einigen Politikern entstand der Eindruck, der Werbeansatz sei stark oberflächlich und mit nur geringer Sachkenntnis über die Region entstanden." (WZ) Weder die einheimische Wirtschaft noch die Fachhochschule sind eingebunden. Ein Bezug zu früheren Bemühungen um Belebung des Wirtschaftsraumes fehlt vollkommen. Nach Aussagen der Sprecherin des Landesvorstandes der GRÜNEN ist die Tatsache, daß das Land 600.000,-- DM zuschießt, auch nicht als politisches Signal der Landesregierung zu deuten, sondern Ergebnis einer reinen Verwaltungsentscheidung in Hannover. Es herrschte denn auch wenig Begeisterung bei der Abstimmung im Rat. Das grüne Ratsmitglied Gerd Kläne brachte es auf den Punkt: "Wir stim-



GRÜNE SEITE
V.i.S.d.P.: B. Richter,
Bentinckstr. 29, 2940 WHV

men dagegen, auch für diejenigen in SPDCDU, die Bauchschmerzen durch den Fraktionszwang haben. OB Menzel, der angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der Nichtöffentlichkeit wenig Grund hatte, darauf einzugehen, belehrte ihn humorlos vor der Abstimmung, er habe keine Bauchschmerzen.



*Stadtverwaltung Wilhelmshaven auf der Jagd
nach Arbeitsplätzen*

Das Schönste an der ganzen Angelegenheit ist aber die Honorarvereinbarung. Neben dem Festpreis erhält TIC für jeden gewonnenen Arbeitsplatz incl. MWSt ca. 1.400,-- DM Kopfgeld. Diese Zahl ist im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Verlust von einigen tausend Arbeitsplätzen bei AEG, der Marine und anderswo in den nächsten 4 Jahren zu sehen. Wenn die Region in der gleichen Zeit auch nur 1000 neue Arbeitsplätze gewinnt, entsteht eine Kopfgeldforderung von solcher Höhe, daß wenigstens mehrere Juristen über die Frage reich werden, welche Arbeitsplätze mit und welche ohne TIC geschaffen wurden: Wirtschaftsförderung auf ostfriesische Art.

JEDEM DAS SEINE

PROFESSOR AUS GÖTTINGEN REFERIERTE ÜBER NEUE MITTEL GEGEN DIE ABHÄNGIGKEIT

(hh/iz) Wir berichteten im GEGENWIND bereits mehrfach zum Thema Harddrogenkonsum in Wilhelmshaven und Möglichkeiten der Hilfe. Leider wird dieses Thema auch in Zukunft kaum an Brisanz verlieren. So fand eine von der Suchtberatungsstelle der Diakonie veranstaltete Informations- und Diskussionsveranstaltung regen Zuspruch von Ärzten, Apothekern, Betroffenen und Interessierten.

Der Leiter der hiesigen Suchtberatungsstelle, Hergen Gerdes, sprach für Wilhelmshaven von 3500 Alkoholikern, die das Vollbild der Krankheit zeigen, von 1500 Medikamentenabhängigen und 500 Harddrogenkonsumenten.

Professor Poser, Pharmakologe, Psychiater und Leiter des Methadonprogramms in Göttingen, sprach von durchschnittlich 350 Heroinabhängigen pro 100.000 Einwohner. Staunen verursachte eine Statistik, nach der die Kurve der Rauschgifttoden seit 1987 exponentiell ansteigt - ohne daß eine genaue Erklärung hierzu vorliegt.

Herr Poser stellte den interessierten ZuhörerInnen ein Präparat mit Namen NALTREXON vor. Es ist ein Gegenspieler von Heroin und hebt dessen Wirkung völlig auf. Somit stellt es eine Möglichkeit dar, Rückfällen nach einer Therapie vorzubeugen. Für Langzeitabhängige ist es nicht geeignet. Es erfordert eine stabile Bindung an den behandelnden Arzt oder Therapeuten, da erhebliche Nebenwirkungen auftreten, falls sich noch Heroin im Körper befindet. Der Patient muß zwei Tage vor der Einnahme "clean" sein.

Eine Behandlung mit Codein für Langzeitabhängige wird in Göttingen abgelehnt, da dieses Mittel im Gegensatz zu Methadon den Patienten mitgegeben werde und so der ordnungsgemäße Gebrauch nicht kontrolliert werden könne.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Poser, offensichtlich überzeugt von NALTREXON, im Gegensatz zu anderen Kritikern andere Therapeutika wie METHADON oder CODEIN nicht pauschal ablehnt. In einer Statistik über Wirkungen verschiedener Therapieformen schnitt Methadon u. a. dadurch relativ gut ab, daß Folgeerkrankungen bzw. dadurch verursachte Todesfälle (AIDS, Hepatitis) deutlich abnehmen, da ohne gemeinsam benutzte oder schmutzige Spritzbestecke keine Infektion mehr erfolgen kann.

Poser machte deutlich, daß es "sovieler Therapieformen wie Abhängige" gibt - was bei einem Patienten nichts fruchtet, kann bei anderen genau die richtige Entzugsmethode sein, wobei die richtige Kombination verschiedener Therapieformen und vor allem die individuelle Betreuung wichtig ist.

In Wilhelmshaven gibt es bislang nur einen Arzt, der die notwendige Zusatzausbildung besitzt, um am landesweiten Methadonprogramm mitzuwirken. Beim optimalen

Verhältnis von 5 Methadonpatienten pro Praxis wären hier gut zwei Dutzend Ärzte erforderlich! Auf diesen - nach jetzigen offiziellen Maßstäben - vorbildlichen Mediziner war vor Inkrafttreten des Programmes eine regelrechte Hexenjagd veranstaltet worden, wurde er doch von den Krankenkassen wegen illegaler Behandlungsmethoden finanziell belangt, von "Kollegen" in Leserbriefschlachten niedergemacht und steckte in der Bredouille, zu viele Methadonpatienten zu haben, da er psychisch nicht in der Lage war, Hilfesuchende abzuweisen. Ob die ehemaligen Inquisitoren jetzt seinem guten Beispiel folgen werden?

Gegen Ende der Veranstaltung meldeten sich Drogenabhängige und ehemals Abhängige zu Wort, die darauf hinwiesen, daß Schuldenregulierung und Reststrafen noch Jahre nach erfolgreichen Therapien zum Zuge kämen und die Eingliederung ins "normale" Leben erschwerten. Das System läßt ihnen keine Chance, ihre Vergangenheit vollständig abzustreifen. Dies erfordere im nachhinein nochmals einen großen Kraftaufwand - und stellt den nachhaltigen Erfolg der Therapie in Frage.

Mit ihrem sozial-systemkritischen Diskussionsansatz waren die Betroffenen - darunter auch ein engagierter Vater eines abhängigen Sohnes - auf dieser Veranstaltung fehl am Platze. Professor Poser zog sich in den medizinischen Elfenbeinturm zurück, und auch Dr. Michael von Teichmann erwies sich als Moderator als absolute Fehlbesetzung. Er ist bekannt für seine konservative Haltung in der Drogentherapie und gehörte ebenfalls zu den Leserbrief-Inquisitoren...

Insgesamt ist Hergen Gerdes als Veranstalter für den Ansatz der öffentlichen Auseinandersetzung zu loben - eine Folgeveranstaltung im Interesse der Betroffenen bleibt abzuwarten.



Freitags Oldie-Abend
Kneipe · Börsenstr. 25

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant · FrühstücksCafé · Mittagstisch
Biergarten · Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke, Tel. 04421-43660

PERSPEKTIVE
Schellingstr. 21

Greenpeace-
Nordseeausstellung
2.8.-23.8.92

5.8.92 20 Uhr
Podiumsdiskussion
"Nordsee- und Wattenmeer-
schutz am Beispiel Europipe"

ABENTEUER & FREIZEIT

Bekleidung, Zelte,
Rucksäcke, Boote
und Schlafsäcke

unterwegs

Göker-/Ecke Peterstraße
Tel.: 04421/42912



Büro der FRAUENLISTE

Rheinstraße 168

Tel.: 201940

Sprechzeiten: Dienstags 10⁰⁰ - 12⁰⁰ Uhr

Mittwochs 16⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr

Während der Sommerferien fallen die Sprechstunden leider aus

§218

...und kein Ende...

Viele Frauen hatten die Hoffnung, daß bei der durch die Wiedervereinigung erforderlichen Neuordnung des Schwangerschaftsabbruchs endlich der § 218 ersatzlos gestrichen wird.

Diese Hoffnung ist wie eine Seifenblase zerplatzt!

Nach der Beratung am 17. Juni im § 218 Sonderausschuß des Bundestages liegen dem Bundestag am 26. Juni 7 Gesetzentwürfe zur Abstimmung vor. Berechtigte Aussicht, die erforderliche Mehrheit von 332 Stimmen zu erhalten, hat wohl nur der Gruppenantrag von SPD/FDP, der auch von einigen Abgeordneten der CDU und Bündnis 90 unterstützt wird. Er sieht eine Drei-Monats-Fristenregelung mit Zwangsberatung vor.

Bei diesem Entwurf konnte sich nach allgemeiner Auffassung die FDP in wesentlichen Punkten gegenüber der SPD durchsetzen - und dies nicht nur bei der verpflichtenden Beratung, ohne die die abtreibende Frau mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden kann. Die Beratung muß künftig "dem Lebensschutz dienen" und darf nur in einer anerkannten Beratungsstelle oder bei speziell dafür ausgebildeten ÄrztInnen erfolgen. Der § 218 bleibt im Strafgesetzbuch verankert, Abtreibungen werden darüber hinaus in der Präambel mißbilligt.

Auf Druck der SPD bleiben Frauen unter den Bedingungen der geltenden medizinischen und eugenischen Indikation bei Abtreibungen bis zur 22. Woche straffrei, auch dann, wenn sie sich "in besonderer

Bedrängnis befunden haben". Die SPD betont, daß sie eine obligatorische Schwangerschaftskonfliktberatung verhindert habe, die Frau also nur von der Beratungsstelle eine Bescheinigung über die erfolgte Information erhalte. Die FDP sieht dies anders. Darüber hinaus ist im Gruppenantrag ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und kostenlose Verhütungsmittel "bis zum vollendeten 20. Lebensjahr" verankert.

Einmal mehr ein fauler Kompromiß, der am Kern der Sache, dem Selbstbestimmungsrecht der Frau, vorbei geht. Einmal mehr "schöne, mehrheitsfähige Worte" der Regierenden auf Kosten der Frauen im wiedervereinten Lande, wobei die Ost-Frauen wieder einmal den höheren Preis bezahlen.



"Ein ausgezeichnete Vorschlag, Fräulein Schmidt! Vielleicht möchte ihn einer der Herren machen?" DUNCAN

Pro "Pro Familia"

Die FRAUENLISTE plädiert für eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Beratungsstelle der Pro Familia in Wilhelmshaven. Weitere Kürzungen werden zwangsläufig zu einer Reduzierung des Angebotes und langfristig unter Umständen sogar zur Schließung führen. Das erläuterten Vertreterinnen der Einrichtung den Mitgliedern des Sozialausschusses,

der in den Räumen der Pro Familia tagte.

Das Angebot der Pro Familia im sexualpädagogischen Bereich, in der Beratung von Paaren und Einzelpersonen und nicht zuletzt bei der unabhängigen Beratung bei Schwangerschaftskonflikten muß aber mindestens im bestehenden Maße erhalten bleiben.

Kavaliersdelikt

Im bisher größten Menschenhandelsprozeß der BRD ist das Urteil gesprochen: Der Essener "Künstleragent" Reinhold Kamper ist wegen Menschenhandels, bewußter Täuschung und Zuführung zur Prostitution zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, die zypriotische Vermittlerin zu sieben Jahren. Da Kamper mit zwei Jahren Untersuchungshaft fast die Hälfte der Strafe abgesessen hat, konnte er den Gerichtssaal auf Bewährung verlassen. Erleichtert worden war ihm der Frauenhandel, weil er eine Lizenz der Bundesanstalt für Arbeit besaß. Diese ist damit in kurzer Zeit bereits zum zweiten Mal bei der Vermittlung in die Prostitution genannt worden.

(aus IFPA/Nr 114 v. Juni 1992)



Wir wünschen schöne Ferien

V.i.S.d.P.: Monika Schwarz
Inostraße 72 in 2940 WHV 31
Tel.: 04423/1313

PÖTTE UND PANN'N

NEUER ERLASS ERMÖGLICHT DEN EINKAUF IN MITGEBRACHTEN BEHÄLTERN

(iz) Darauf haben umweltbewußte VerbraucherInnen lange gewartet: im März 1992 hat das Niedersächsische Ministerium für Landwirtschaft um Einvernehmen mit dem Umweltministerium per Runderlaß den Weg geebnet, um durch den Einkauf in mitgebrachten Behältern den Verpackungswahn und den Irrweg des "Grünen Punktes" zu stoppen!

Bislang mußten KundInnen meist enttäuscht den Laden mit leeren mitgebrachten Behältnissen wieder verlassen, da diese vom Personal unter Bezug auf gegenläufige Hygienevorschriften abgewiesen wurden.

Tatsächlich existieren solche meist uralten Vorschriften, die mit dem modernen Abfallrecht - mit dem Vorrang der Abfallvermeidung - nicht in Einklang zu bringen sind.

Insbesondere im heiklen Frischfleischbereich gibt es hierfür eindeutige Regelungen, während die Argumente der VerkäuferInnen z. B. an Obst- oder Käseständen sich eher auf eine rechtliche Grauzone stützten. Zum Teil ist es allerdings reine Bequemlichkeit des Personals bzw. die Verpackungslobby, die Sprechblasen wie "diese Dosen und Folien verbrennen doch rückstandsfrei in der Müllverbrennungsanlage" produziert.

Der neue Erlass bringt mit der Kernaussage "das Mitbringen von gespülten, optisch reinen Gefäßen ist aus lebensmittelhygienischer Sicht grundsätzlich vertretbar" endlich eine klare Linie in die Sache. Die Präambel sagt unmißverständlich aus, daß die Aufrufe, "Verpackungsabfall dadurch zu vermeiden, daß Gefäße oder sonstige Verpackungen für Lebensmittel in die Geschäfte mitgebracht und dort direkt befüllt werden", "von der Landesregierung als Beitrag zur Abfallvermeidung grundsätzlich unterstützt" werden.

Allerdings muß "dem gesundheitlichen Schutz der VerbraucherInnen und Verbraucher ... in jedem Fall Vorrang eingeräumt werden" - hier fehlt wieder mal das umfassende Verständnis, das auch Kunststoffindustrie, Deponien und MVAs als gesundheitliche Bedrohung erfaßt. Das Ministerium geht jedoch davon aus, daß die "hygienischen Mindestanforderungen im Umgang mit Lebensmitteln" "durch geeignete hygienische Maßnahmen sichergestellt werden" können, nämlich jene, die in den neuen Regelungen genannt werden.

Wie in der alten Fleisch-Hygieneverordnung wird z. B. gefordert, daß die mitgebrachten Gefäße auf dem Thekenaufsatz verbleiben, d. h. nicht hinter die Theke (in den sogenannten Spuckbereich) gelangen. Hoffentlich wissen die Krankheitserreger auch, daß sie sich nicht in dem Luftraum über der Theke zwischen KundInnen- und Personalbereich hin- und herbewegen dürfen! Z. B. jene, die der hustende Verkä-

fer um sich herumstreut und erst recht solche, die am hin- und herwandernden Geld haften ...

Ärgerlich ist hierbei, daß die an den meisten Waagen vorhandene Tara-Einrichtung nicht genutzt werden kann. Damit könnte der Behälter direkt auf die Waage gestellt, diese wieder auf Null tarieren und der Behälter dann gefüllt werden. Da die Waage aber in der "Tabuzone" steht, muß weiterhin Papier oder Folie (einmalig) als Unterlage genutzt werden, um die Ware abzuwiegen und in den auf dem Thekenaufsatz verbleibenden Behälter gegeben werden.

Eine Sonderregelung besteht für die z. B. in Schlachtereien abgegebenen Fertiggerichte, da diese durcherhitzt und ständig auf 65 Grad gehalten werden müssen. Sie dürfen hinter der Theke in die mitgebrachten Gefäße eingefüllt und in einem hierfür vorbehaltenen Thekenbereich der Kundschaft ausgehändigt werden.

In diesem Zusammenhang sei eine Wilhelmshavener Fleischerei lobend erwähnt, die schon lange vor dem Erlass täglich für ihre Mittagsgewichte geworben hat mit dem Zusatz "bitte eigene Gefäße mitbringen!" (wobei diese von jeher in dem geforderten gesonderten Thekenbereich übergeben werden).

Das Abfüllen von Brot, Brötchen, Obst und Gemüse in mitgebrachte Stoffbeutel, Netze o. ä. "seit jeher für diesen Zweck verwendete Behältnisse" (welch weise Einsicht!) stellt laut Erlass überhaupt kein Problem dar.

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Verkaufsflächen häufiger gereinigt werden müssen - was aus optischen, d. h. verkaufpsychologischen Gründen ohnehin fast immer der Fall gewesen ist. Auch häufigeres Händewaschen des Verkaufspersonals ist angesagt - eine Forderung, die angesichts des Umgangs mit Geldscheinen und -stücken, die schon Tausende von Händen und Hosentaschen durchwandert haben, nur zu begrüßen ist.

Der Originaltext des Erlasses ist - ohne die bereits abgehandelte Präambel - im nebenstehenden Kasten vollständig abgedruckt. Wir empfehlen, diesen Kasten auszuschnitten, gegebenenfalls mehrfach zu kopieren und weiterhin widerborstigen Verkäuferinnen oder Filialleiterinnen auszuhändigen. Im Falle eines Falles sollten Verstöße gegen den Erlass

den zuständigen Behörden gemeldet und die entsprechenden Geschäfte im weiteren boykottiert werden!

Nun dürfen wir nur noch gespannt sein, wie der Handel und die Verpackungslobby auf diesen für sie unbequemen Erlass reagieren werden.

Ausschneiden und zum Einkauf mitnehmen!

Lebensmittel- und Bedarfsgegenständüberwachung: Hygienefragen bei mitgebrachten Gefäßen und sonstigen Verpackungen im Einzelhandel
Runderlaß des ML v. 16.3.1992 - im Einvernehmen mit dem MU

- Präambel -

- Das Mitbringen von gespülten, optisch reinen Gefäßen ist aus lebensmittelhygienischer Sicht grundsätzlich vertretbar. Sie müssen sauber sein und aus Materialien mit glatten, leicht zu reinigenden Oberflächen bestehen (z. B. Glas, Porzellan, Steingut, Edelstahl, Email, Kunststoff). Allerdings ist darauf zu achten, daß die mitgebrachten Gefäße auf dem Thekenaufsatz verbleiben und die offene Ware mit Hilfe von Portionierungsbestecken, Meßgefäßen oder auf für die Portionierung von Lebensmitteln geeignetem Material (z. B. Pergamentpapier) abgewogen und in die Gefäße gegeben wird.

Die Befüllung mitgebrachter Gefäße bei der Abgabe von Fertiggerichten, die durcherhitzt sind und mit einer Temperatur von mindestens + 65° C abgegeben werden, kann auch hinter der Theke erfolgen, wenn für die Gefäßübergabe und -befüllung ein gesonderter, hierfür ausschließlich vorbehaltener Thekenbereich verwendet wird.

- bei Brot und Brötchen sowie leicht abwaschbaren bzw. nicht küchenfertig vorbereiteten Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft wie Obst und Gemüse bestehen keine Bedenken, wenn Netze, Stoffbeutel oder -taschen und ähnliche seit jeher für diesen Zweck verwendete Behältnisse gefüllt werden.

- Eine Abgabe von Lebensmitteln in mitgebrachte Gefäße erfordert erhöhte Anforderungen an die Sorgfalt des Verkaufspersonals, insbesondere ist eine häufigere Reinigung der Hände sowie der Verkaufsflächen vorzusehen.



Indo Chinesische

fernöstasiatische Lebensmittel
Inh. Angelika Thwin

2940 Wilhelmshaven
Börsenstraße 103 (Bordumplatz)
Telefon (0 44 21) 2 50 32

LAßT 1000 ANTENNEN BLÜHEN!

RADIO ÜBERLEBEN VERÄNDERT WILHELMSHAVENS MEDIENLANDSCHAFT

(noa/hk) Seit dem 22. April sendet Radio Überleben (fast) jeden Mittwoch ab 17.15 Uhr auf UKW 100,4 MHz für Wilhelmshaven und umzu Informationen, Meinungen, Interviews - der GEGENWIND stellte den Piratensender in seiner letzten Ausgabe vor.

(Fast) jeden Mittwoch, weil es nicht immer klappt; das Betreiben von nicht kommerziellen Sendern ist noch illegal, und die Telekom jagt die Radiopiraten trotz bevorstehender Legalisierung eifrig. Thea Dücker, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag, erklärte in einer Sendung von Radio Überleben: "Wir haben in Niedersachsen einen Koalitionsvertrag, wo wir genau solche kleinen lokalen nicht kommerziellen Sender möglich machen wollen. Das neue Rundfunkgesetz wird bald verabschiedet in Niedersachsen, dann ist es so wieso möglich, sowas zu machen."

Die Unterstützung von Radio Überleben geht weit über die Grenzen seiner Reichweite hinaus. Neben vielen anderen Organisationen haben sowohl der DGB Landesbezirk Niedersachsen, als auch der Landesbezirk Niedersachsen-Bremen der Industriegewerkschaft Medien unterstützende Stellungnahmen herausgegeben.

Die IG Medien sieht in dem Piratensender "eine begründete Notwehr-Aktion, die dem Gemeinwohl in der Wilhelmshavener Re-

gion eher dient als polizeiliche Maßnahmen zur Unterdrückung der Stimme der Betroffenen" und fordert die "politisch Verantwortlichen in Niedersachsen auf", dem Piratensender "vorübergehend den Status eines 'Offenen Kanals' zuzubilligen."

Der DGB Niedersachsen schreibt in seiner Presseinformation, daß der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen "auch mit unkonventionellen Mitteln geführt werden muß" und appelliert an die Landesregierung, "das Betreiben des Radios zu dulden."

Inzwischen werden in verschiedenen Gremien Überlegungen angestellt, inwieweit es möglich ist, den Sender Überleben nicht nur einmal pro Woche laufen zu lassen. Hierbei ist auch an eine Mitarbeit der GEGENWIND-Redaktion gedacht.

Damit wäre dann endlich auch eine Kommentierung Wilhelmshavener Tagespolitik aus "linker" Sicht möglich und den Meinungsbildnern aus der Parkstraße ein kleines Stückchen Monopol entrissen.

OLAF MARXFELD

**Wir haben einen engagierten
Mitsstreiter für den sozialen
Fortschritt in Wilhelmshaven
verloren.**

**Die MitarbeiterInnen der
GEGENWIND-Redaktion**

Auf 100.4 (UKW) MHz *

Radio Überleben
hören

mittwochs

17.15 Uhr

Eine Region muß leben!

* noch nicht über Kabel

> Kein Kommerz über 100,4 MHz <



TV • Video • HiFi

ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur

Störtebekerstraße 3, Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 3 27 28 ☎ 3 73 08 ☐ rund ums Haus

LECKSUCHE

STADTVERWALTUNG SUCHT GEGENWIND-INFORMANTEN

(hk) Einige Veröffentlichungen des GEGENWIND müssen die Leute aus der Stadtverwaltung doch gehörig aus ihrer Ruhe gebracht haben. Um das Informationsleck ausfindig zu machen, hat sie jetzt die Kripo eingeschaltet.

"Zu Ihrer Vernehmung in Sachen Stadt Wilhelmshaven - Strafanzeigen wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen; Veröffentlichungen im "Gegenwind", bitte ich Sie, sich am ... um ... in Wilhelmshaven, Peterstraße 29 auf Zimmer 207 einzufinden."

Eine solche Vorladung der Kripo Wilhelmshaven bekamen einige Ratsmitglieder der Grünen, der SPD und der CDU. In der Vernehmung ging es um zwei Artikel des GEGENWIND: Einmal der Verkauf des östlichen des Rathauses gelegenen Grundstückes an Frau Svenja Hillebrand (GW 107) und zum zweiten um die finanziellen Transaktionen zwischen der Stadt und dem Columbus-Betreiber Jan Gronewold (GW 105).

Dieser Einschüchterungsversuch der Wilhelmshavener Stadtverwaltung wird nicht den erhofften Erfolg bringen: Solange einem Großteil der Politik der Verwaltung und der Ratsausschüsse ein kaiserlicher Mausechelmuff anhängt, wird es immer Menschen geben, die auf unterschiedlichsten Wegen die Öffentlichkeit informieren werden; solange die alte SPD-Forderung des "gläsernen Rathauses" nichts weiter als ein zu den Akten gelegter Beschluß ist, wird auch der GEGENWIND immer wieder bestens mit Interna versorgt werden.

Die Strafanzeige der Stadtverwaltung wird nicht nur nicht die erhoffte "Maulkorbwirkung" haben, sie wird im Endeffekt den Informationspool des GEGENWINDES vergrößern.

MIT FREISPRUCH

für die Rentnerin Elisa Kauffeld aus Schortens endete der Fischbacher Giftgas-Blockadeprozeß nach einer 4. Verhandlung vor dem Amtsgericht Kaiserslautern.

Laut Anklage durch die Staatsanwaltschaft, die sich damit auf ein einschlägiges Urteil des Bundesgerichtshofes stützt, hatte Frau Kauffeld Gewalt in verwerflicher Weise gegen Kraftfahrer ausgeübt, indem sie sich mit anderen vor die Einfahrt eines Giftgaslagers setzte.

Angesichts des Alters und der Lebenserfahrung (Kriegserlebnisse) sah das Gericht die vorgenannte Gewalthandlung von Frau Kauffeld nicht als verwerflich an.

Demnach ist Frau Kauffeld nach Auffassung der Rechtspflege eine Gewalttäterin mit Altersbonus. Die Strafverfolgung gegen Tausende von Pazifisten, die in den achtziger Jahren Atom- und Giftgasdepots blockiert haben, wird also von diesem Urteil nicht berührt und geht unnachlässig weiter. (jm)